



Presseschau vom 02.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Rachel Lloyd: Washington schadet mit Sanktionen gegen Russland der eigenen Bevölkerung

Washington setzt in seiner Außenpolitik seit Jahrzehnten wiederholt auf Sanktionen. Anstelle die ins Visier genommenen Staaten mit den Restriktionen gefügig zu machen, schaden diese meist der eigenen Wirtschaft und sogar der eigenen Bevölkerung. ...

<https://kurz.rt.com/2lll>

de.rt.com: "Russland lügt, lügt, lügt" – USADA-Chef fällt über olympisches ROC-Team her

Das selbstbewusste Auftreten des Teams des Russischen Olympischen Komitees (ROC) in Tokio scheint zunehmend zu einem Problem für manche Doping-Tugendwächter im Westen zu werden. Sportler, Medien und Funktionäre erheben immer mehr Vorwürfe gegen das russische Team. ...

<https://kurz.rt.com/2lve>

snanews.de: Juristisch ausmanövriert und doch marschiert – Querdenker-Proteste und Gegenproteste in Berlin

Trotz gerichtlich bestätigter Verbote haben am Wochenende tausende Menschen in Berlin gegen die von Bund und Ländern erlassenen Corona-Maßnahmen demonstriert. Gegen diese

Demonstrationen richteten sich andere Proteste, die ebenfalls an vielen Orten der deutschen Hauptstadt stattfanden. Wir fassen die Geschehnisse zusammen. ...

<https://snanews.de/20210802/juristisch-ausmanoevriert-und-doch-marschiert--querdenker-proteste-und-gegenproteste-in-berlin-3047128.html>

de.rt.com: **Die Versenkung einer ukrainischen Gedenktafel im Meer – der erste russische Aufstand auf der Krim**

Aus heutiger Sicht waren diese Ereignisse Vorboten des sogenannten Krim-Frühlings im Jahr 2014, in dessen Folge sich die Krim von der Ukraine abspaltete: Am 5. Juli 2008 hatten die Einwohner Sewastopols ukrainische Marinesoldaten in die Flucht geschlagen und die Tafel zu Ehren der ukrainischen Flotte zerstört. ...

<https://kurz.rt.com/2lu8>

de.rt.com: **"Ich hasse Russisch": Wie ein neunjähriger Junge zum ukrainischen Nationalisten erzogen wird**

Schon als Zweijähriger hatte Michail "Mischa" Korneschiwski die ukrainische Hymne gesungen. Später avancierte er zur Ikone der Nationalisten. Denn Mischa ist trotz seines noch jungen Alters schon ein überzeugter Aktivist, der keine Kompromisse mit dem "Feind" duldet.

...

<https://kurz.rt.com/2lro>

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: **Noch gibt es Richter in Deutschland: Zum Versuch, die DKP platt zu machen**

Erst das Bundesverfassungsgerichts setzte dem Bestreben des Bundeswahlleiters ein Ende, der Deutschen Kommunistischen Partei den Parteistatus zu entziehen und somit deren Teilnahme an den Bundestagswahlen zu verhindern. Eine maßgebliche Rolle bei dem gescheiterten Versuch spielte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. ...

<https://kurz.rt.com/2lv6>

abends/nachts:

de.rt.com: **"Sehr wahrscheinlich": Großbritannien und USA beschuldigen Iran des Angriffs auf Tanker vor Oman**

Es sei "sehr wahrscheinlich", dass Iran hinter dem tödlichen Drohnenangriff auf das von Israel betriebene Tankschiff MV Mercer Street vor der Küste Omans stecke. Das erklärte das britische Außenministerium, das Teheran mit einer "konzertierten Reaktion" droht.

Washington schloss sich kurz darauf dieser Position an.

Die britische Regierung macht Iran für den Angriff auf einen Tanker im Golf von Oman am Donnerstag verantwortlich. In einer am Sonntag vom Außenministerium veröffentlichten Erklärung heißt es:

"Wir glauben, dass dieser Angriff vorsätzlich und gezielt war und eine klare Verletzung des internationalen Rechts durch Iran darstellt."

Es sei "sehr wahrscheinlich", dass Iran den Tanker Mercer Street mit einer seiner Drohnen angegriffen habe, als das Schiff durch neutrale Gewässer vor der Küste Omans fuhr, so das britische Außenministerium.

Die Mercer Street, ein unter liberianischer Flagge fahrender Tanker, der von der in London ansässigen Firma Zodiac Maritime des israelischen Milliardärs Eyal Ofer betrieben wird, war am Donnerstag nordöstlich der omanischen Insel Masirah Ziel eines Anschlags. Dabei wurden zwei Menschen getötet: ein rumänischer Kapitän und ein britischer Wachmann.

Nach dem Angriff machte die Fünfte Flotte der US-Marine, die in der Region operiert, eine "Selbstmorddrohne" für den Angriff verantwortlich. London nannte keine neuen Beweise, die

Aufschluss über die Umstände des Vorfalls geben könnten, sondern sagte stattdessen, dass "britische Einschätzungen zu dem Schluss gekommen sind", dass wahrscheinlich Teheran dahinterstecke.

London verurteilte den "ungesetzlichen und rücksichtslosen Angriff" und forderte Iran auf, "solche Angriffe zu beenden", verzichtete aber bisher auf konkrete Vergeltungsmaßnahmen. Stattdessen heißt es, dass das Vereinigte Königreich "mit unseren internationalen Partnern an einer konzertierten Reaktion" arbeite.

Zuvor hatte bereits Israel Teheran für die Attacke verantwortlich gemacht und angekündigt, den USA und Großbritannien Geheimdienstinformationen zur Verfügung zu stellen, die angeblich Irans Schuld beweisen. "Nach Ansicht der zugänglichen Informationen sind wir überzeugt, dass der Iran diesen Angriff ausgeführt hat", ließ das US-Außenministerium am Sonntagabend verlauten (MEZ).

In einer Erklärung des State Department heißt es:

"Wir arbeiten mit unseren Partnern zusammen, um über unsere nächsten Schritte zu beratschlagen und tauschen uns mit Regierungen in der Region und darüber hinaus über eine angemessene Antwort aus, die demnächst kommen wird."

Teheran weist die Vorwürfe zurück und bestreitet, etwas mit dem Angriff zu tun zu haben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6106c908b480cc20cb7dbdf3.JPG>

de.rt.com: **Neue Regierung in Peru steht: Präsident Pedro Castillo vereidigt Minister für Wirtschaft und Justiz**

Das Kabinett des neuen peruanischen Präsidenten Pedro Castillo ist komplett. Nun muss die Regierung dem Kongress innerhalb von 30 Tagen ihren Kurs vorlegen. Um genehmigt zu werden, muss das Kabinett mindestens 50 Prozent und eine Stimme der Abgeordneten erhalten.

Der neue peruanische Präsident Pedro Castillo hat nach Stunden der Ungewissheit das Kabinett komplettiert. Am späten Freitagabend wurden Pedro Francke und Aníbal Torres im Kongresszentrum in Lima auf den zuvor frei gebliebenen Posten als Wirtschaftsminister beziehungsweise als Justizminister vereidigt. Francke und Torres waren am Vortag der Vereidigung der übrigen Minister ferngeblieben.

Die Zeitung El Comercio berichtete unter Berufung auf Castillos Partei Perú Libre, der Ökonom Francke habe angesichts der Ernennung seines Parteikollegen Guido Bellido zum Regierungschef beschlossen, dem Kabinett nicht angehören zu wollen. Nach intensiven Verhandlungen, unter anderem mit Castillo, nahm Francke, der den neuen Präsidenten im Wahlkampf beraten hatte, das Amt dann doch an.

Francke betonte jedoch auf Twitter am Samstag, eine "klare Trennung" zwischen der Regierung und der Partei zu verteidigen, wobei er anerkenne, dass die Partei eine unverzichtbare politische Basis sei, solange es darum gehe, einen Konsens zu erreichen und die Demokratie zu stärken.

Überhaupt wird mit Spannung erwartet, wohin der Kurs des Andenlandes unter der Verwaltung des neuen linken Präsidenten Castillo führt. Seine marxistisch-leninistische Partei "Perú Libre" verfügt im Kongress allerdings über keine Mehrheit. Castillo muss Allianzen schmieden, um seine Agenda durchzusetzen.

Der Dorfschullehrer hatte sich in einer extrem knappen Stichwahl Anfang Juni gegen die Rechtspopulistin Keiko Fujimori durchgesetzt. Die Tochter des wegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen inhaftierten ehemaligen Staatschefs Alberto Fujimori, der das südamerikanische Land von 1990 bis 2000 regiert hatte, legte daraufhin mehrere Beschwerden ein. Erst in der Vorwoche wurde Castillo offiziell zum Wahlsieger erklärt. Am Mittwoch wurde er als Präsident vereidigt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610684f348fbef596d0358b8.jpg>

snanews.de: **SOS Mediterranee: 400 Menschen von sinkendem Boot gerettet**

Etwa 400 Menschen sind in der Nacht zum Sonntag von einem sinkenden Boot im Mittelmeer geholt worden, berichtete die französische Nicht-Regierungsorganisation SOS Mediterranee.

„Wir haben die ganze Nacht bis zum frühen Morgen gemeinsam mit (den Nicht-Regierungsorganisationen – Anm. d. Red.) Sea Watch International und RESQSHIP eine überaus wichtige Operation zur Rettung von rund 400 Menschen von einem hölzernen Boot durchgeführt, das sich mit Wasser zu füllen begann“, wird auf der Twitter-Seite der Organisation SOS Mediterranee mitgeteilt.

An Bord der Schiffe von Ocean Viking und Seawatch 3 befanden sich insgesamt 449 gerettete Menschen, denen Hilfe erwiesen werde, hieß es



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/01/3046098_0:170:3041:1880_1920x0_80_0_0_5bc0fb88bba06da108f28ab84d9efe3f.jpg

de.rt.com: Russlands Raumfahrtbehörde gibt grünes Licht für Entwicklung einer nationalen Raumstation

Die Raumfahrtbehörde Roskosmos hat am Samstag der bereits angekündigten Entwicklung einer nationalen Raumstation zugestimmt. Das Hauptargument lautet, dass der allmähliche Verschleiß des russischen ISS-Segments nach dem Jahr 2024 zusätzliche Risiken schaffen wird.

Der wissenschaftlich-technische Rat der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos hat am Samstag der Entwicklung einer neuen nationalen Raumstation zugestimmt. Es wurde außerdem empfohlen, das Projekt in das Föderale Raumfahrtprogramm 2025 aufzunehmen. Der Rat argumentierte die Entscheidung mit dem Verschleiß eines bedeutenden Teils der Ausrüstung der Internationalen Raumstation (ISS). Demnach werde eine weitere Nutzung des russischen ISS-Segments nach dem Jahr 2024 zusätzliche Risiken schaffen. Der neue bemannte Komplex in der niedrigen Erdumlaufbahn werde "Russische Orbitale Servicestation" (ROSS) heißen.

"Die mit Zuhilfenahme neuer Technologien zu entwickelnde ROSS muss zu einem Evolutionsschritt bei der Erarbeitung eines Programms zur Erforschung und Erschließung des Mondes und zu Raumflügen zum Mars sowie bei der Umsetzung innovativer wissenschaftlich-technischer Programme im Weltall werden."

Der russische Raketenbaukonzern Energija wurde beauftragt, für die Zeit des Baus der neuen russischen Raumstation die Sicherheit und die Funktionsfähigkeit des russischen ISS-Segments aufrechtzuerhalten und ein Szenario der für das Jahr 2028 geplanten Beendigung des ISS-Programms zu erarbeiten.

Im April 2021 hatte der russische Vizeministerpräsident Juri Borissow erklärt, dass sich Russland nach dem Jahr 2025 aus dem ISS-Projekt zurückziehen und an seiner eigenen Raumstation bauen werde. Sie werde eine Umschlagstelle für Mondflüge sein. Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin schloss nicht aus, dass man das russische ISS-Segment in diesem Fall den USA überantworten könnte. Der Flugdirektor des russischen Teils der ISS Wladimir Solowjow begründete die Entscheidung unter anderem mit Leckstellen im russischen ISS-Segment.

Die US-Raumfahrtbehörde NASA erklärte ihrerseits am Samstag, sie aktualisiere regelmäßig technische Daten über die mögliche Lebensdauer der ISS. Man rechne damit, die Funktionsfähigkeit der ISS mindestens bis zum Jahr 2028 oder sogar noch mehr aufrechterhalten zu können. Das Ziel der NASA sei eine kontinuierliche Präsenz in der niedrigen Erdumlaufbahn.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61066c03b480cc6654386530.jpg>

vormittags:

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. August 3:00 Uhr bis 2. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Jakowlewka, Kominternowo.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 11.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Geheimdienstchef: Giftstoffe könnten Nawalnys Bioproben außerhalb Russlands hinzugefügt worden sein

Der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR hat erklärt, dass Russland teilweise die Wahrheit über die angebliche Vergiftung von Alexei Nawalny wisse. Sergei Naryschkin zufolge seien in den Proben des Oppositionellen vor dem Abflug nach Deutschland keine Giftstoffe nachgewiesen worden.

Der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR, Sergei Naryschkin, hat in einem Interview mit dem russischen Moderator Wladimir Solowjow erklärt, dass Russland über glaubwürdige Informationen im Fall Alexei Nawalny verfüge. Außerdem habe man gewisse indirekte Hinweise. Der Geheimdienst wisse einen Teil der Wahrheit, aber nicht alles. Naryschkin teilte mit, dass Moskau etwa ein Jahr vor der angeblichen Vergiftung des Oppositionellen glaubwürdige und zuverlässige Informationen erhalten habe, wonach in einem europäischen Staat ein Treffen zwischen mehreren NGOs, Geheimdiensten und Regierungsvertretern stattgefunden habe, auf dem man die Frage erörtert habe, wie sich die abklingende Protestbewegung in Russland aufrechterhalten lasse.

"Es wurde allen Ernstes die Frage erörtert, dass sakrale Opfer notwendig wären. Am besten sollte dieses sakrale Opfer aus der Reihe führender Personen der Protestbewegung kommen."

Der SWR-Chef verwies darauf, dass in den biologischen Proben Nawalnys vor dem Abflug nach Deutschland keine Giftstoffe nachgewiesen worden seien. Er vertraue absolut den russischen Fachleuten, zumal die Proben mit modernsten Geräten analysiert worden seien.

"Sollten tatsächlich irgendwelche Marker entdeckt worden sein, wäre es viel realer, anzunehmen, dass irgendwelche Stoffe seinem biologischen Material hinzugefügt worden waren."

Auf die Frage des Moderators, ob dies in Russland passiert sein könnte, antwortete der SWR-Chef mit einem entschiedenen Nein. Ihm zufolge könne man darauf aus den Gutachten der Ärzte und Fachleute schließen, die Nawalny in Russland behandelt hatten.

Der oppositionelle Politblogger war am 20. August 2020 auf einem Inlandsflug in Russland zusammengebrochen und ins Koma gefallen. Zunächst wurde er in einem Krankenhaus in Omsk behandelt. Die Ärzte stellten bei ihm eine Stoffwechselstörung fest und konnten keine

Giftsubstanzen in seinem Körper nachweisen. Am 22. August 2020 wurde Nawalny auf Drängen seiner Familie und Anhänger in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Ein Speziallabor der Bundeswehr hat laut Darstellung der Bundesregierung anschließend bei einer toxikologischen Untersuchung von Nawalnys Proben einen Nervenkampfstoff der Nowitschok-Gruppe festgestellt. Dieses Ergebnis wurde von zwei weiteren Speziallaboren in Frankreich und Schweden angeblich bestätigt. Anschließend verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen sechs russische Bürger und ein Forschungsinstitut. Als Reaktion darauf führte Russland Restriktionen gegen einige Vertreter Deutschlands und Frankreichs ein. Der 45-Jährige beschuldigt den russischen Präsidenten Wladimir Putin persönlich, seine Vergiftung angeordnet zu haben. Die russische Regierung weist die Vorwürfe zurück. Nawalny befindet sich unterdessen weiterhin in einem Straflager, nachdem ein Gericht in Moskau am 2. Februar 2021 Nawalnys Bewährungsstrafe wegen mehrfacher Verstöße gegen die Bewährungsauflagen aufgehoben und in eine Gefängnisstrafe von dreieinhalb Jahren umgewandelt hat.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610697a3b480cc211f2995e6.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. August um 9:00 6763 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5356 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 602 Todesfälle.

snanews.de: **Taliban versuchen Erstürmung von Gefängnis in afghanischer Stadt Laschkar Gah**

Kämpfer der radikalen Taliban-Bewegung haben versucht, das Gefängnis in der afghanischen Stadt Laschkar Gah zu stürmen. Dies teilte ein Sprecher des afghanischen Verteidigungsministeriums mit.

Laut dem Sprecher des Verteidigungsministeriums Afghanistans, Fawad Aman, ist die terroristische Taliban-Attacke auf das Gefängnis in der Hauptstadt der südafghanischen Provinz Helmand gescheitert.

„Von den 40 Terroristen, die das Gefängnis attackierten, sind 38 getötet und zwei verletzt worden“, fügte er via Twitter hinzu.

Der TV-Sender Tolo News hatte zuvor berichtet, dass es in Laschkar Gah weiter Kämpfe zwischen Taliban-Kämpfern und der afghanischen Regierung gebe. Am Sonntag informierte das 215. Maiwand-Corps, dass die afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte die Operationen zur Säuberung und dem Reagieren auf gegnerische Attacken in unterschiedlichen Teilen von Laschkar Gah fortsetzen würden. Bei einer Operation und einem Luftangriff

wurden demnach 51 Taliban-Terroristen, darunter zwei Kommandeure, getötet und weitere 49 verletzt.

Die Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und der radikal-islamistischen Taliban-Bewegung verschärfen sich nach der Ankündigung von US-Präsident Joe Biden am 14. April, den US-Einsatz in Afghanistan – den längsten US-Einsatz im Ausland – zu beenden. Die Taliban haben in ländlichen Gebieten bereits bedeutende Gebiete erobert und eine Offensive gegen Großstädte gestartet. Mehr als 95 Prozent der US-Truppen haben das Land bereits verlassen. Schluss mit dem US-Einsatz sollte ursprünglich am 11. September sein, doch laut Biden endet die Mission etwas früher, nämlich am 31. August.

Im Jahr 2020 unterzeichneten Washington und Vertreter der Taliban das erste Friedensabkommen seit mehr als 18 Jahren Krieg. Es sieht den Abzug ausländischer Truppen und den Beginn eines interafghanischen Dialogs nach einem Gefangenenaustausch vor.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/05/2388306_0:308:3073:2036_1920x0_80_0_0_7bbd56f89cec25d9f6d8f9b0f65f11.jpg

Mzdnr.ru: Am 1. August wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Laboratorium gewartet wurde.

Am 2. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 48.159 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4256 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 40.293 als gesund entlassen, es gibt 3610 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 90 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 53 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 44 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1795 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 734 mit Sauerstoffunterstützung (+32 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2111 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Olympia: Weißrussische Athletin beantragt Asyl in Tokio – Polen und Tschechien bieten Visa an**

Eine weißrussische Athletin hat sich Berichten zufolge geweigert, in Tokio in ein Flugzeug einzusteigen. Sie sei von ihrem Team angeblich gegen ihren Willen zum Flughafen gebracht worden. Laut dem Internationalen Olympischen Komitee befinde sie sich nun "in Sicherheit". Am späten Sonntag soll die 24-jährige weißrussische Athletin Kristina Timanowskaja die japanische Polizei am Flughafen Haneda um Schutz gebeten haben. Sie habe die Nacht in einem Flughafenhotel verbracht. Dies teilte der Sprecher des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Mark Adams auf einer Pressekonferenz mit. Er fügte hinzu, dass eine Reihe von Behörden mit der Sprinterin in Kontakt stünden, darunter auch der Hohe Kommissar der

Vereinten Nationen für Flüchtlinge.

In dem sich anbahnenden diplomatischen Streit bleibt vorerst unklar, welchen Aufenthaltsort Timanowskaja wählen wird, da sowohl Polen als auch Tschechien ihr öffentlich Hilfe anboten. Adams erklärte:

"Sie hat uns versichert, dass sie in Sicherheit ist. Wir sprechen heute Morgen erneut mit ihr, um zu erfahren, was die nächsten Schritte sein werden."

"Wir müssen ihr zuhören, herausfinden, was sie will und sie bei ihrer Entscheidung unterstützen."

Die Sprinterin sollte am Montag im Olympiastadion zu einem 200-Meter-Lauf antreten, musste ihre Teilnahme aber abbrechen, da sie nach eigenen Angaben gegen ihren Willen zum Flughafen gebracht worden sei. Einem Reuters-Reporter erklärte sie via Telegram, dass der weißrussische Cheftrainer am Sonntag in ihrem Zimmer im Athletendorf aufgetaucht sei und ihr gesagt habe, dass sie die Spiele verlassen müsse. Sie schrieb:

"Der Cheftrainer kam zu mir und sagte, es gäbe einen Befehl von oben, mich zu entfernen."

"Um 17 Uhr kamen sie in mein Zimmer und sagten mir, ich solle packen und brachten mich zum Flughafen."

Sie habe sich jedoch geweigert, in das Flugzeug einzusteigen. Reuters teilte sie mit:

"Ich werde nicht nach Weißrussland zurückkehren."

Das weißrussische Olympische Komitee teilte in einer Erklärung mit, die Trainer hätten beschlossen, Timanowskaja auf Anraten von Ärzten wegen ihres "emotionalen und psychologischen Zustands" von den Spielen abzubuchen.

Der weißrussische Cheftrainer der Leichtathleten Juri Moisewitsch sagte dem staatlichen Fernsehen, er habe "sehen können, dass mit ihr etwas nicht stimmte". Die Sportlerin habe sich zurückgezogen und mit niemandem reden wollen.

Laut Adams werde das IOC die Gespräche mit Timanowskaja am Montag fortsetzen. Der Olympische Dachverband habe das weißrussische Olympische Komitee um einen vollständigen Bericht gebeten.

Asylantrag

Die weißrussische Sportlerdelegation war die ganze Nacht über mit der Athletin in Kontakt und erklärte Reuters, dass die Sportlerin nach langen Gesprächen mit verschiedenen Beamten einen Asylantrag in Japan gestellt habe.

Die japanische Regierung erklärte, die Athletin sei in Sicherheit gebracht worden und die Organisatoren von Tokio 2020 sowie das IOC würden ihre Absichten überprüfen. Der Chef des japanischen Regierungskabinetts Katsunobu Kato teilte mit:

"Japan stimmt sich mit den zuständigen Stellen ab und wird weiterhin geeignete Maßnahmen ergreifen."

Sowohl Warschau als auch Prag boten Timanowskaja am Montag ihre Hilfe an. Marcin Przydacz, ein Vertreter des polnischen Außenministeriums, schrieb auf Twitter, dass Timanowskaja "ein humanitäres Visum angeboten wurde und es ihr freisteht, ihre sportliche Karriere in Polen fortzusetzen, wenn sie das möchte".

Der tschechische Außenminister Jakub Kulhanek bezeichnete die Situation um die Weißrussin als skandalös. Er schrieb auf Twitter:

"Die Tschechische Republik ist bereit zu helfen. Wir bieten ihr ein Visum für die Einreise an, damit sie bei uns internationalen Schutz beantragen kann. Auch unsere Botschaft in Tokio ist bereit zu helfen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107a10648fbef556d562250.JPG>

nachmittags:

snews.de: „Problem noch nicht gelöst“: Polen wird weiterhin Reparationen von Deutschland fordern

Polens Vize-Außenminister Paweł Jabłoński hat im Gespräch mit „Polskie Radio“ gesagt, Polen betrachte die Frage der Reparationszahlungen von Deutschland für im Zweiten Weltkrieg zugefügte Schäden nach wie vor als offen. Darüber berichtet der polnische Sender am Montag.

Wegen des jüngsten Interviews des Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet, in dem er die Reparationen als „in der Vergangenheit einvernehmlich endgültig geregelt“ bezeichnete, wurde Jabłoński in der Sendung „Signale des Tages“ nach seiner Position zu dieser Sache gefragt. Laut dem stellvertretenden Außenminister versuche Laschet, wie viele andere deutsche Politiker, dieses Thema aus politischen Gründen als abgeschlossen darzustellen. Jabłoński betonte, Deutschland sei Partner Polens in der EU, und wie bei jedem Partner gebe es auch Themen, bei denen man nicht einer Meinung sei.

„Wir sind damit (dass die Reparationen vollständig ausgezahlt wurden – Anm. d. Verf.) nicht einverstanden und weisen immer wieder darauf hin, dass das Problem noch nicht gelöst sei“, wird Vize-Außenminister im Artikel zitiert.

Laut Jabłoński gebe es in Polen Politiker, die „um jeden Preis“ zu Deutschland auch wie zu anderen Ländern gute Beziehungen pflegen wollen. Daher würden sie auf polnische nationale Interessen, auf polnische Staatsraison verzichten. „Wir verfolgen keine solche Politik. Wir werden konsequent Maßnahmen ergreifen, um dieser Sache ein Ende zu setzen“, sagte der Minister. Er wies zudem auf die Reparationen hin, die Berlin für seine kolonialen Verbrechen noch vor dem Zweiten Weltkrieg vor kurzem gezahlt hatte.

„Ich glaube, dass diese Prozesse der historischen Entschädigung der Opfer für Verbrechen, die von den Rechtsvorgängern des heutigen deutschen Staates begangen wurden, in ihrem eigenen Tempo voranschreiten und gelöst werden“, sagte Jabłoński im Interview.

Anspruch auf 850 Milliarden US-Dollar

Polnische Politiker haben vor einigen Jahren begonnen, das Thema der Reparationen wieder aufzugreifen. Die Sonderkommission des polnischen Sejm schätzte den polnischen Schaden infolge des Zweiten Weltkriegs auf 850 Milliarden US-Dollar. Die Regierung in Warschau will den Betrag von Berlin als Entschädigung einfordern.

Berlin hatte wiederholt erklärt, es werde an Polen nicht zahlen. Anfang Juli sagte der deutsche Außenminister Heiko Maas, Deutschland habe bereits eine „beträchtliche Summe“ an Reparationen für den Zweiten Weltkrieg gezahlt und sehe keinen Grund, neue Zahlungen an

Polen zu leisten. Deutschland wolle nicht den 1953 von Polen unterzeichneten Verzicht auf Reparationen revidieren.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/02/3053040_0:0:2983:1677_1920x0_80_0_0_37469da51dae1f1ba0508e411744c632.jpg

Dan-news.info: Die Informationszentren der DVR haben seit dem 26. Juli mehr als 1200 Menschen zu Fragen der Registrierung im Portal für staatliche Dienstleistungen der RF und zum Erhalt einer Sozialversicherungsnummer der RF beraten. Bisher gab es 23 solche Zentren.

Ab heute wird diese Zahl auf 255 erhöht. In diesen Einrichtungen kann man Hilfe beim Erhalt einer russischen Sozialversicherungsnummer und zur Registrierung im staatlichen Dienstleistungsportal erhalten, was es unter anderem erlauben wird, digital an den Wahlen zu Staatsduma der RF teilzunehmen. (In der LVR wurden 140 solcher Informationszentren eingerichtet, bericht lug-info.com – Anm. d. Übers.)

belta.by: Timanowskaja fuhr nicht um zu siegen zu den Olympischen Spielen, sondern um ihre Pläne umzusetzen – Maseikow

Timanowskaja fuhr nicht um zu siegen zu den Olympischen Spielen, sondern wegen der Umsetzung einiger ihrer Pläne. Diese Meinung vertrat gegenüber einem BelTA-Korrespondenten der belarussische Kanufahrer, Olympiasieger 1992 im Zweier über 500 m, der Verdiente Meister des Sports der UdSSR und Abgeordnete des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung Alexander Maseikow, zur Situation bei den Olympischen Spielen in Tokio.

"Aus dieser hässlichen und unprofessionellen Situation, die sich bei den Olympischen Spielen entwickelte, sehe ich, dass Kristina Timanowskaja nicht nach Tokio gereist ist, um Siege zu erringen und ihre sportlichen Leistungen der Welt zu demonstrieren. Sie fuhr dorthin, um ihre Pläne umzusetzen. Aus der Presse habe ich erfahren, dass ihre Verwandten bereits im Ausland sind. Und in ihren Appellen bittet sie um Asyl in Österreich und identifiziert das Land eindeutig. Warum nicht in Litauen oder Japan? Aus all dem können wir schließen, dass die Provokation im Voraus geplant wurde und es unmöglich ist, über Beleidigungen oder unangemessene Einstellungen zu sprechen", sagte Alexander Maseikow.

Der Olympiasieger ist überzeugt, dass dieses Verhalten sowohl aus sportlicher als auch aus menschlicher Sicht unangemessen ist. „Die Olympischen Spiele sind einer der wichtigsten Wettkämpfe für Sportler. Das bedeutet jahrelange Arbeit, ernsthaftes Training und Vorbereitung. Das ist eine riesige Arbeit des Trainerstabs. Und ein solches Verhalten fügt der eigenen Mannschaft, der gesamten olympischen Bewegung, ernsthaften Schaden zu. Aber Timanowskaja macht sich keine Sorgen über die Folgen und den Schaden, den sie allen

zugefügt hat“, betonte Alexander Maseikov. „Und in einer Zeit, in der das Team, unser ganzes Land, sie brauchte, beschloss sie, alle in Gefahr zu bringen. Das Team ist praktisch eine zweite Familie. Und wie überall, gibt es auch hier manchmal Meinungsverschiedenheiten. Aber jedes Problem, jede Frage kann durch einen angemessenen Dialog gelöst werden. Aber Kristina wollte das nicht. Wäre diese Situation nicht eingetreten, hätte sie sich wohl etwas anderes einfallen lassen, denn persönliche Ziele waren hier wichtiger als Siege und der Ruf derer, mit denen man gekommen war, um die olympischen Gipfel zu erobern.“



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1627903630_453370_big.jpg

snanews.de: **Armenien: Paschinjan wieder zum Ministerpräsidenten ernannt**

Der Präsident der Südkaukasus-Republik Armenien, Armen Sarkissjan, hat heute den ehemaligen Regierungschef Nikol Paschinjan zum Ministerpräsidenten ernannt, wird im entsprechenden Erlass des Präsidenten bekanntgegeben.

Am ersten Tag der Parlamentssitzung hat der armenische Präsident Armen Sarkissjan den amtierenden Regierungschef Nikol Paschinjan erneut zum Ministerpräsidenten ernannt. Verfassungsgemäß ernennt der Präsident zu Beginn der Legislaturperiode der neu gewählten Nationalversammlung unverzüglich einen von der Parlamentsmehrheit nominierten Kandidaten zum Präsidenten. Die Verfassung sieht auch vor, dass bei vorgezogenen Wahlen die Amtszeit der neu gewählten Nationalversammlung mit der Eröffnung ihrer ersten Sitzung beginnt.

Das Parlament wird innerhalb von 15 Tagen nach der Ernennung des Ministerpräsidenten gebildet. Danach muss der Regierungschef innerhalb von 20 Tagen den Gesetzgebern das Programm seines Kabinetts vorlegen.

Die vorgezogene Parlamentswahl in Armenien fand am 20. Juni statt, 21 Parteien und vier Blöcke nahmen daran teil. Die Partei „Zivilvertrag“ von Nikol Paschinjan gewann die Wahlen, wobei sie 71 Mandate bekam, den zweiten Platz belegte die Partei „Armenien“ mit 29 Mandaten, und die Allianz „Ich habe Ehre“ des ehemaligen Präsidenten Sersch Sargsjan lag mit sieben Mandaten auf dem dritten Platz. Obwohl die letztgenannte Partei die erforderlichen sieben Prozent nicht erhalten hatte, wird sie doch im Parlament vertreten sein, weil ein gesetzgebendes Organ mindestens aus drei politischen Parteien bestehen soll.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/02/3053927_0:0:3339:1878_1920x0_80_0_0_b6b5237d614e3dc89c60b89bc58bbbcd.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 02.08.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

So wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 72. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Bogomolows von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Jakowlewka** mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen und fünf Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Kominternowo** mit 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen und insgesamt sechs Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **zwei Feuerprovokationen** begangen. Kämpfer des 13. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus zweimal **Wesjoloje** unter Einsatz von 82mm-Mörsern, Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu vermeiden.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Danach haben Einheiten der Volksmiliz der DVR entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Beschuss der ukrainischen Kämpfer gezwungenermaßen das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.**

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueereinstellung und zur Beendigung des Terror gegen die friedliche Bevölkerung der Republik zu zwingen.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen drei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

zwei Schützenpanzer in Wirtschaftsgebäuden in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in

Selidowo.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter in der Nähe von Häusern am südwestlichen Rand von Starognatowka. Wir erhalten weitere Informationen über Fälle von **Desertion und nicht kampfbedingte Verluste** der BFU in der Zone der Besatzungskräfte, die vom Kommando verheimlicht werden.

Aufgrund eines Aufbruchs von Kriminalität und massenhaftem Konsum von Alkohol in der 58. Brigade ist eine komplexe Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ dort eingetroffen. Bei der Arbeit der Kommission wurden neun Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils durch Soldaten der Brigade festgestellt. Nach vorliegenden Informationen hat das Brigadekommando in den Berichten über das Personal diese als an der Front befindlich aufgeführt.

Außerdem wurde am 31. Juli bei der Arbeit der Kommission ein Fall entdeckt, bei dem das Kommando der 58. Brigade Informationen über einen weiteren nicht kampfbedingten Verlust verheimlicht hat. Bei der Fahrt auf die Frontpositionen im Gebiet von Peski gerieten zwei Soldaten, die keine genauen Karten der Minenfelder hatten, auf eine Antipersonenmine PMN-2, die von einem technischen Pionierzug der 58. Brigade installiert worden war. In der Folge der Detonation erlitten die Kämpfer Detonationsverletzungen und wurden in erstem Zustand in das Militärhospital von Krasnoarmejsk eingeliefert.

Diesen Vorfall berichtete der Brigadekommandeur Kaschtschenko auch nicht an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und stellte die Verletzung der Soldaten als Ergebnis von Beschuss dar.

Außer den entdeckten Verstößen entdeckten die Offiziere des übergeordneten Stabs **Defizite in Fragen der Lebensmittelversorgung des Personals** im vorderen Bereich, fanden Verletzungen der Normen der täglichen Essensration sowie Fälle von Austausch der zugewiesenen Lebensmittel durch qualitativ minderwertige.

Zu den entdeckten Verstößen wurde eine Akte zum Bericht an den Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ erstellt sowie ein Telegramm in die Verbände und Truppenteile über die die vom Kommandeur der 58. Brigade Kaschtschenko zugelassenen Verstöße.

An diesem Feiertag möchte ich den Veteranen der Luftlandetruppen - den Soldaten, Feldwebeln, Unteroffizieren, Fähnrichen, Offizieren, den an militärischen Konflikten und Friedensoperationen Beteiligten – zum **Tag der Luftlandetruppen** gratulieren!

Dieser Tag ist nicht einfach ein Feiertag mutiger, selbstloser, furchtloser Menschen, die eine hervorragende militärische Ausbildung haben und in einem guten physischen Zustand sind. Dies ist der Feiertag derer, die zutiefst der Heimat ergeben sind, die wissen, was militärische Pflicht bedeutet, die trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse nicht enttäuschen und Verrat begehen werden.

de.rt.com: **Bericht: Pfizer und Moderna erhöhen Preise für COVID-19-Impfstoffe in der EU**

Vakzine der Hersteller Moderna und Biontech/Pfizer werden in der EU deutlich teurer, um bis zu vier Euro pro Dosis. Dies geht aus einem Medienbericht hervor. Die Unternehmen erwarten Milliardeneinnahmen. Für den russischen Impfstoff Sputnik V gibt es noch immer keine EU-Zulassung.

Pfizer hat Berichten zufolge den Preis für seine COVID-19-Impfdosis um ein Viertel angehoben. Auch Moderna verlangt nach einem jüngsten Abkommen mit der Europäischen Union mehr Geld. Die beiden Unternehmen verdienen an der Pandemie zweistellige Milliardenbeträge.

Nach Angaben der Financial Times, die Einblick in die Verträge zwischen den beiden Pharmakonzernen und der EU hat, lag der jüngste Preis für eine Impfstoffdosis von Pfizer bei 19,50 Euro, vier Euro höher als der vorherige Stückpreis.

Der Preis für den Moderna-Impfstoff stieg von 19 Euro auf 21,50 Euro pro Dosis, fiel jedoch niedriger aus als zunächst erwartet, da die EU mehr Dosen abnimmt als zuvor geplant.

Ursprünglich war man von einem Preis von 24 Euro Pro Dosis ausgegangen.

Während AstraZeneca die Impfstoffe zum Selbstkostenpreis verkauft, erzielten Pfizer und Moderna mit ihren COVID-19-Impfstoffen Dutzende Milliarden Euro an Gewinn. Allein in diesem Jahr rechnet Pfizer mit Einnahmen in Höhe von 33,5 Milliarden US-Dollar aus dem Vakzinverkauf. Diese Prognose ist um 7,5 Milliarden US-Dollar höher als die Vorhersage aus dem vorherigen Quartal.

Moderna, das bei den Verkäufen hinter Pfizer liegt, rechnet für das Jahr 2021 mit 19,2 Milliarden US-Dollar an Einnahmen aus den COVID-19-Impfstoffverkäufen.

Der preiswertere russische Impfstoff Sputnik V wurde von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) noch immer nicht zugelassen, obwohl er bereits in 69 Ländern der Welt registriert wurde, darunter auch in den EU-Mitgliedstaaten Ungarn und der Slowakei.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610787b6b480cc11c952de6a.JPG>

de.rt.com: **Bundesregierung führt Gespräche mit Taliban**

Erst vor einem Monat hat die Bundeswehr nach knapp 20 Jahren ihren Einsatz in Afghanistan beendet. 59 Soldaten waren beim Kampf gegen die Taliban und zur Förderung der "Demokratie" gestorben. Nun nahm die Bundesregierung Gespräche mit Funktionären der Taliban in Doha auf.

Nach Bild-Informationen haben sich Vertreter der Bundesregierung und der Taliban am Samstag in der katarischen Hauptstadt Doha getroffen. Die Taliban hätten sich bei dem Treffen für die großzügige Entwicklungshilfe Deutschlands an bisherige afghanische Regierungen bedankt und die Erwartung geäußert, dass diese Hilfen auch gezahlt werden, wenn die Taliban an der Macht sind.

Erst vor einem Monat hat die Bundeswehr nach knapp 20 Jahren ihren Einsatz in Afghanistan beendet. 59 Soldaten waren beim Kampf gegen die Taliban und zur Förderung der "Demokratie" gestorben.

Hauptthemen in Doha, die laut der Bild wesentlich vom Bundesnachrichtendienst vorbereitet und mit den USA abgestimmt worden waren, waren unter anderem Schutzgarantien für deutsche Entwicklungshelfer im Land. Am Sonntagnachmittag erhielt das Springer-Blatt aus dem Auswärtigen Amt eine Bestätigung des Treffens. Aus dem Ministerium hieß es:

"Der neue Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Dr. Jasper Wieck, ist am Samstag in Doha sowohl mit Vertretern und Vertreterinnen des Verhandlungsteams der afghanischen Republik als auch mit Vertretern des Verhandlungsteams der Taliban zusammengetroffen."

Die Bundesregierung unterstütze gemeinsam mit internationalen Partnern die "Verhandlungen". Deshalb würden auch Vertreter aus Deutschland "regelmäßig Gespräche" mit den Vertretern beider Seiten führen.

Der chinesische Außenminister Wang Yi hat sich vor Kurzem mit Mullah Abdul Ghani Baradar, dem politischen Führer der Taliban, in der chinesischen Stadt Tianjin getroffen. Eine Delegation des Politbüros der Taliban traf zuvor in Moskau ein, um russische Bedenken über die Lage in Afghanistan zu besprechen. Während die Gespräche in den deutschen Mainstream-Medien für Aufsehen sorgten, hält sich die Bundesregierung bezüglich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den Taliban eher bedeckt.

Bei den Friedensgesprächen im Jahr 2020 in Doha ließen die US-Amerikaner die vom Westen unterstützte Regierung in Kabul im Stich, indem sie die Taliban als einen wichtigen Akteur in Afghanistan anerkannt hatten, ohne ein Gleichgewicht der Machtverhältnisse zwischen den Taliban und der Regierung in Kabul im Vorfeld zu debattieren.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107edb0b480cc59b37e3215.JPG>

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR A.N. Masejkin am 2. August 2021**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt....

Im Namen des Kommandos der Volksmiliz und in meinem eigenen gratuliere ich allen Beteiligten zum **Tag der Luftlandetruppen**. Sie wissen wie niemand sonst, was sich hinter diesem Wort verbirgt: die Luftlandetruppen sind der Stolz der Armee. Das ist eine wahre Schule des Mutes, die lehrt, der militärischen Bruderschaft treu zu sein und sorgfältig die Traditionen zu bewahren. In der ganzen Geschichte ihrer Existenz haben die Luftlandetruppen an einer enormen Zahl von Gefechten, Kämpfen und Spezialoperationen teilgenommen, sie haben nicht wenige helle Seiten in das Buch der Geschichte geschrieben! Ich will Geistesstärke, starke Gesundheit und einen friedlichen Himmel über dem Kopf wünschen!

de.rt.com: **Nach Drohnenangriff auf Öltanker: Großbritannien bestellt iranischen Botschafter ein**

Als Reaktion auf den Angriff auf einen Öltanker vor der Küste Omans hat das Vereinigte Königreich den iranischen Botschafter einbestellt. Zwei Menschen wurden bei dem Angriff getötet. Israel, die USA, Rumänien und Großbritannien machen Iran dafür verantwortlich. Teheran dementiert.

Der Öltanker "Mercer Street" war am Donnerstag vor der Küste Omans im Indischen Ozean von Drohnen angegriffen worden. Dabei kamen der rumänische Schiffskapitän und ein britischer Staatsbürger ums Leben. Die Besatzung eines US-Kriegsschiffs reagierte auf das Notsignal des Tankers und ging an Bord, um zu helfen und sich einen Überblick zu

verschaffen.

Der unter liberianischer Flagge fahrende Tanker befand sich auf dem Weg vom tansanischen Daressalam nach Fudschaira in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Verwaltet wird das Schiff von Zodiac Maritime mit Sitz in London. Vorsitzender der Zodiac-Gruppe ist der israelische Geschäftsmann Eyal Ofer. Die israelische Regierung reagierte prompt und machte Iran für den Angriff verantwortlich. Außenminister Jair Lapid bezeichnete die Islamische Republik als einen "Exporteur von Terror, Zerstörung und Instabilität". Premierminister Natali Bennett forderte die internationale Gemeinschaft auf, das "iranische Regime" zu verurteilen. Reaktionen aus Großbritannien, den USA und Rumänien folgten. Laut London hat sich die Islamische Republik Iran der Verletzung des Völkerrechts schuldig gemacht. Das britische Außenministerium wies den iranischen Botschafter Mohsen Baharvand an, "Iran müsse unverzüglich alle Handlungen einstellen, die den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährden".

US-Außenminister Antony Blinken warnte:

"Es gibt keine Rechtfertigung für diesen Angriff."

Auch Bukarest beschuldigte daraufhin Teheran und bestellte seinerseits den diplomatischen Stellvertreter Irans ein. Gemeinsam mit den "internationalen Partnern" werde Bukarest eine "angemessene Reaktion" vorbereiten. Am Sonntag hatten israelische Medien berichtet, dass Tel Aviv "grünes Licht" vonseiten der USA und Großbritanniens erhalten habe, um auf den Angriff zu reagieren.

Iran dementiert die Anschuldigungen und droht mit einer angemessenen Gegenreaktion. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums Said Chatibsadeh warnte, Iran werde nicht zögern, die Sicherheit seines Landes und die nationalen Interessen zu verteidigen. Die Anschuldigungen bezeichnete er als "widersprüchlich, falsch und provokativ". Man bedauere "nachdrücklich die unbegründeten Anschuldigungen des britischen Außenministers gegen die Islamische Republik Iran, die vom US-Außenminister im gleichen Zusammenhang wiederholt wurden und widersprüchliche, falsche und provokative Anschuldigungen enthielten".

Teheran verteidige und unterstütze die Sicherheit der Schifffahrt im Persischen Golf und in internationalen Gewässern. Chatibsadeh verwies darauf, dass Iran das Land am Persischen Golf mit der längsten maritimen Grenze sei. Teheran sei immer dazu bereit, gemeinsam mit anderen Ländern der Region für die Sicherheit der internationalen Schifffahrt beizutragen. Die Präsenz ausländischer Mächte aus Ländern fern der Region jedoch gefährdeten die Sicherheit und die Stabilität. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums fasste zusammen:

"Es ist bedauerlich, dass diese Länder angesichts der Terroranschläge und Sabotageakte gegen iranische Handelsschiffe im Roten Meer und in internationalen Gewässern geschwiegen haben, während sie die Islamische Republik in einem klaren Zeichen politischer Voreingenommenheit zu Unrecht beschuldigt haben."

Chatibsadeh forderte Beweise, die eine iranische Beteiligung für den Angriff belegen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107f47648fbef0d10176f76.jpg>

snanews.de: **AKK: Deutsche Fregatte im Indopazifik „repräsentiert unsere Werte und Interessen“**

Am Montag macht sich das deutsche Kriegsschiff „Bayern“ auf den Weg in den Indopazifik. Dort will die Bundesregierung unter anderem die „deutsche Präsenz“, das „Völkerrecht“ sowie die „Sicherheit in der Region“ stärken. Die Linksfraktion im Bundestag sieht das als Konfrontationspolitik gegenüber China.

Bundesregierung will sich laut Außenminister Heiko Maas (SPD) für die „Einhaltung des Völkerrechts“ und die „Stärkung der Sicherheit“ im Indopazifik einsetzen. Einen Beitrag dazu soll die Fregatte „Bayern“ leisten, die am Montag in Richtung Asien ausläuft. Das teilte der Minister auf der Internetseite des Auswärtigen Amts mit.

„Im Indopazifik entscheidet sich die Ausgestaltung der internationalen Ordnung der Zukunft. Wir wollen diese mitgestalten und Verantwortung übernehmen für den Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung“, so Maas. Offiziell will sich Deutschland mit der maritimen Mission an der Überwachung der Sanktionen der Vereinten Nationen gegen Nordkorea beteiligen. Zugleich will Berlin den Angaben nach Partnerschaften sowie das Engagement in der Region ausbauen.

AKK: „Wir halten dagegen, wo wir müssen“

Die „Bayern“ startet in Wilhelmshafen ihre Fahrt nach Asien. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte vor dem Auslaufen des Kampfschiffs: „Die Fregatte Bayern repräsentiert die Bundesrepublik, unsere Werte und unsere Interessen. (...) Nehmen Sie diese Rolle als Mittler und Repräsentanten an! Suchen Sie den Austausch und lernen Sie voneinander! Wir zeigen Flagge!“

Die Ministerin schrieb dazu auf Twitter: „Es ist gut, über unsere Werte zu reden, noch besser ist es, konkret etwas dafür zu tun.“

Zwar hielt sie sich diesmal mit Äußerungen gegen China zurück. Doch zuvor sprach sie mehrfach von sicherheitspolitischer „Verantwortung“ Deutschlands in der Region mit dem Verweis auf die Volksrepublik.

„Wir hören irritierend martialische Töne aus China und sogar Aufrufe zur ‚Kampfbereitschaft‘“, schrieb Kramp-Karrenbauer zum Beispiel am 11. März auf Twitter. „Ich sehe es so: Wir arbeiten mit China zusammen, wo wir können und wir halten dagegen, wo wir müssen.“

Gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ sagte sie im März: „Mit globaler Vernetzung kommt globale Verantwortung.“ Der Indopazifik sei „die strategisch wichtigste Region der Erde“. Dort würden „wichtige Entscheidungen über Freiheit, Frieden und Wohlstand in der Welt“ fallen. Auch Deutschland sei davon direkt betroffen, so Kramp-Karrenbauer.

„Konfrontationspolitik gegenüber China“

Die Linksfraktion im Bundestag kritisiert die Militärmission. Die Fregatte „Bayern“ habe im Südchinesischen Meer nichts verloren, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Sevim Dagdelen. „Die Linke lehnt eine Beteiligung deutscher Soldaten an den provokativen US-Kriegsübungen in der Indopazifik-Region und der immer schärfer werdenden Frontstellung gegen Flagge von China ab. Die Entsendung der Fregatte ‚Bayern‘ ist kein Beitrag zur Stärkung der Sicherheit im Indopazifik, sondern militärisch flankierender Beitrag der US-geführten Konfrontationspolitik gegenüber China. Die Linke fordert eine Beendigung der US-Gefolgschaft und Kooperation in den internationalen Beziehungen.“

An Bord der Fregatte „Bayern“ sind laut dem Auswärtigen Amt rund 230

Besatzungsmitglieder. Während ihres Einsatzes sollen sie mehrere Häfen in Partnerländern anlaufen und an internationalen Missionen teilnehmen. Die Fregatte soll zudem die Nato-Mission „Sea Guardian“ im Mittelmeerraum sowie die EU-Operation „Atalanta“ zur

Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika unterstützen. Das Schiff werde zudem das Südchinesische Meer durchfahren, wurde angekündigt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/02/3056476_0:85:1620:996_1920x0_80_0_0_94be09a7b1f569bff0ca5db5a50b43a2.jpg